

Für eine gentechfreie Hungerhilfe

Satt ohne Manipulation

Gentechmais für hungernde Länder dient eher der Werbung als den Interessen der Bevölkerung

Florianne Koechlin, WoZ 3/16.1.2003

Sambia weigert sich, gentechnisch veränderte Lebensmittel als Hungerhilfe entgegenzunehmen, auch nicht in gemahlener Form. Dies sei, sagt Tony Hall, US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, angesichts der drohenden Hungerkatastrophe im südlichen Afrika ein »Verbrechen gegen die Menschheit«. Dieser Meinung war man bis im letzten Sommer auch beim UN-Welternährungsprogramm WFP. Inzwischen hat das WFP seine Position etwas gelockert. Anstelle von genmanipuliertem Mais aus den USA liefert es gentechfreie Lebensmittel als Soforthilfe. Aus Südafrika sind die ersten vom WFP organisierten 16 000 Tonnen an gentechfreiem Mais in Sambia eingetroffen. Mit Geldern der Europäischen Union sollen ohne Verzug weitere unmanipulierte Lebensmittel erworben und nach Sambia verfrachtet werden. Selbst die USA lieferten inzwischen 15 000 Tonnen gentechfreies Getreide, Sorghum und Weizen.

Die Auseinandersetzung um eine gentechfreie Hungerhilfe widerspiegelt den fundamentalen Konflikt eines Kontinents, der um eine eigenständige Existenz ringt. In den letzten Jahren haben viele afrikanische Länder bei den Debatten der Welthandelsorganisation (WHO) und bei den Uno-Verhandlungen über das Biosicherheitsprotokoll (1) an Selbstbewusstsein gewonnen. Eine zentrale Rolle spielte dabei von Anfang an Tewelde Egziabher. Er ist Direktor des äthiopischen Umweltministeriums und Leiter der afrikanischen Delegation bei den Uno-Verhandlungen (siehe auch WoZ Nr. 51/00). Egziabher hat die Regierung von Sambia bei ihrem Entscheid beraten.

Anlässlich eines Besuchs bei der Gaia Foundation in London erklärte Egziabher im Dezember 2002, weshalb viele afrikanische Länder gegenüber Gentechfood sehr skeptisch sind und weshalb Sambia keinen Gentechmais ins Land hineinlassen wollte.

1. Gesundheitsrisiken

An erster Stelle steht für Egziabher das Gesundheitsrisiko. »Uns wird immer erklärt, die Leute in den USA würden seit sechs Jahren Gentechmais essen und nichts sei passiert. Doch das beruhigt mich nicht. Schliesslich geht es hier um Langzeitrisiken. Vor allem aber: US-BürgerInnen essen den Gentechmais als Cornflakes hie und da zum Morgenessen. Doch bei uns isst die Landbevölkerung Mais zum Morgen-, zum Mittag- und zum Abendessen. Nichts anderes, nur immer Mais, Mais, Mais. Da gibt es keine Untersuchungen, ob und wie die gentechnische Veränderung von Mais die Gesundheit beeinflussen kann. Zudem sind viele Menschen in den bedrohten Gebieten von Hunger geschwächt, krank oder HIV-infiziert. Auch das kann einen Unterschied machen, auch da gibt es keine Untersuchungen«, sagt Egziabher. Präzisierend fügt er hinzu: »Die Situation wäre anders, wenn aktuell Menschen Hungers sterben würden, weil Sambia den Gentechmais verweigert. Doch das ist nicht der Fall. Sambia sagt heute: 'Wir wissen nicht, ob der Mais der Gesundheit schadet, und wir haben noch etwas Zeit, bis die Krise voll zuschlägt – etwa bis im März 2003. In dieser Zeit suchen wir intensiv nach Alternativen.'«

2. Patente

Besonders kritisch ist die Frage der Patente, wenn der Mais nicht nur gegessen, sondern auch ausgesät wird. »Wenn jemand neben meinem Feld genmanipulierten Mais pflanzt und der

Wind den Pollen auf mein Feld trägt, dann habe auch ich Gentechmais. Wenn ich ihn ernte, werde ich theoretisch zum Kriminellen, denn ich habe patentierte Gene gestohlen. Ich muss beweisen, dass ich für die Auskreuzung nicht verantwortlich bin. Doch wie mache ich das? Soll ich den Wind fragen? Oder die Bienen und Insekten?«, fragt Egziabher. In den USA sind bereits mehrere Bauern von der Firma Monsanto wegen solcher »Patentverletzungen« angeklagt worden.

3. Auskreuzung

Eine Auskreuzung von Gentech-Pollen auf einheimische Maissorten könnte langfristig die Option, dass Sambia nach Europa exportiert, verunmöglichen, weil Europa keinen Gentechfood will.

4. Alternativen

»Im Norden von Sambia gibt es grosse Mengen Cassava, auch Maniok genannt. Dies wäre eine äusserst wertvolle Nahrung für die südlichen, von Hunger bedrohten Gebiete. Doch das Problem war bisher, dass das Cassava nur sehr schwer in den Süden transportiert werden konnte, wo die hungernden Menschen sind«, erklärt Egziabher. Inzwischen meldet das Programm gegen Fehlernährung (PAM), das in Sambia über eine zehnjährige Erfahrung in der Lebensmittelhilfe verfügt, dass es innerhalb eines Monats mehr als 20 000 Kubikmeter Cassava in den Süden transportieren könnte, wenn es dafür finanzielle Unterstützung erhalten würde.

Lieferungen von gentechfreiem Mais aus benachbarten Ländern sind eine weitere Option. Diese Möglichkeit beginnt neuerdings das UN-Welternährungsprogramm (WFP) auszuschöpfen. Und Uganda hat ein Sofortprogramm für Sambia lanciert. Die Regierung stellt eine Million Dollar für Saatgut zur Verfügung, das den Bäuerinnen und Bauern zu günstigen Preisen abgegeben wird. Damit sollen möglichst schnell Mais und Bohnen für den Export nach Sambia produziert werden.

Punkte schinden für Gentechnik

Gemäss Berechnungen der Welternährungsorganisation (FAO) braucht das südliche Afrika bis im März 2003 zwei Millionen Tonnen Soforthilfe. Zurzeit sind 1,16 Millionen Tonnen an exportierbarem und gentechfreiem Mais in Kenia, Tansania, Uganda und Südafrika vorhanden. In Europa, Brasilien, Indien und China lagern weitere Millionen Tonnen an gentechfreiem Mais. Auch andere Lebensmittel wie Cassava, Sorghum oder Weizen können in die Lücke springen.

»Es gibt keinen realen Mangel an gentechfreien Nahrungsmitteln für Sambia«, sagt auch Chuck Benbrook, Agronom und ehemaliger Direktor des Board on Agriculture der Nationalen Wissenschaftsakademie der USA. »Zu einem grossen Teil wurde diese Krise von denen gemacht – oder sagen wir heraufbeschworen –, die nach einem neuen Terrain für die Promotion der Gentechnik Ausschau halten. Vielen von uns erscheint diese Politik der USA, Sambias Nöte auszunutzen, um für Gentechnik Punkte zu schinden, unethisch, und ja, auch schamlos.«

EU-Wirtschaftsminister Pascal Lamy sagte an einer Konferenz in Johannesburg im Dezember 2002: »Unsere Politik unterscheidet sich grundsätzlich von derjenigen der USA. Und wir werden unsere Politik nicht ändern, nur um den Amerikanern zu gefallen.« Viele EU-ExpertInnen sind sich inzwischen einig, dass Geld die effizienteste Form sofortiger Lebensmittelhilfe ist. Lebensmittel können damit lokal und schneller eingekauft werden, die einheimische Wirtschaft wird unterstützt, und sie kann sich ein Stück weit aus der Abhängigkeit befreien. Die sich abzeichnende Abkehr von der bisherigen Usanz, die landwirtschaftlichen Überschüsse der Industrieländer für die Nothilfe einzusetzen, ist eine Folge des internationalen Drucks. Aber nicht nur. Hartmut Meyer, der als Vertreter Deutscher NGOs an den Verhandlungen über

das UN-Biosicherheitsprotokoll dabei war, sagt: »Für die Delegierten der südlichen Länder waren diese Verhandlungen eine wichtige Erfahrung. Sie konnten sich viel Know-how aneignen. Heute gibt es eine ganze Reihe hochintelligenter und gut informierter WissenschaftlerInnen bei den afrikanischen Regierungen. Dazu gehört sicher Egziabher, aber auch Mbikusita Lewanika von Sambia, der als Wissenschaftler die kritische Haltung Sambias mitverantwortet. Egziabher kam als Leiter der afrikanischen Delegation in diesen Verhandlungen eine ganz spezielle Bedeutung zu. Ohne seine integrativen Fähigkeiten und ohne sein Verhandlungsgeschick wären wir heute an einem andern Punkt.«

Optimistisch blickt Egziabher trotzdem nicht in die Zukunft. Dies, weil die Gründe für die prekäre Situation im südlichen Afrika tiefer liegen. Dürre sei der Grund für das Hungerproblem, wird gesagt. »Doch was heisst Dürre?«, fragt Egziabher. »Dürre bedeutet signifikant weniger Niederschläge, und das hat es schon immer gegeben. Aber heute gibt es neue Faktoren. Nehmen Sie das Beispiel Malawi. Malawi hatte letztes Jahr genug eingelagerte Lebensmittel und Saatgut, aber unter dem Druck der Weltbank musste das Land seine Vorräte verkaufen, um Schulden zu bezahlen. Malawi hatte keine Vorräte mehr, dieses Jahr ist sehr wenig Regen gefallen, und das Resultat ist eine drohende Hungerkatastrophe.«

Aufgrund der ökonomischen Erpressbarkeit Afrikas wird jede Dürreperiode sofort zu einer potenziellen Hungersnot. Fehlende Lager- und Transportmöglichkeiten sind ein weiterer Grund für die prekäre Situation.

»Im südlichen Afrika besteht das grösste Problem aber darin«, so Egziabher, »dass hier nur eine einzige Kulturpflanze angebaut wird, nämlich Mais. Mais ergibt in guten Jahren einen hohen Ertrag, und so haben WissenschaftlerInnen, PlanerInnen und Regierungen die Leute angehalten, ihre traditionellen Kulturen aufzugeben und nur noch Mais anzubauen. Sorghum, Hirse und andere Getreide gibt es kaum mehr, sie ertragen aber Dürreperioden viel besser als Mais. In einigen Ländern wurde diese Reduktion der Artenvielfalt gesetzlich erzwungen, so etwa in Simbabwe oder Tansania. Man wollte damit unter anderem vermeiden, dass die Hochleistungssorten durch einheimische Pollen kontaminiert werden. In Tansania durften Bäuerinnen und Bauern nur zertifiziertes Saatgut anpflanzen, und dieses stammte von einigen wenigen Firmen. Diese wurden von Konzernen, meist US-amerikanischen, aufgekauft. Es entstand eine fatale Abhängigkeit. Ich bin überzeugt, dass für uns die Kontrolle über die Produktion von Lebensmitteln ganz fundamental wichtig ist – das müssen wir behalten und, wo nötig, wiederherstellen.«

Ein weiterer zentraler Punkt ist die globale Agrarpolitik, meint Egziabher. Sie lässt Afrika keine Chance. Die Landwirtschaft der Industrieländer ist hoch subventioniert, und die Überschüsse werden in Entwicklungsländer zu Schleuderpreisen abgesetzt. »Lebensmittelsubventionen, die Ungerechtigkeit des Handelssystems, die grosse Armut und fehlende Infrastruktur, die Vernichtung der Artenvielfalt – all dies«, fasst Egziabher die Situation zusammen, »ist eng miteinander zu einem kranken Globalsystem verwoben. Und wir in Afrika sind zurzeit die kranken Fische in diesem System.«

(1) Darin geht es um internationale Bestimmungen zu Transport und Sicherheit von gentechnisch veränderten Lebewesen. Im Biosicherheitsprotokoll ist auch das Prinzip des »prior informed consent« festgelegt: Empfängerländer müssen vor einem Import vollumfänglich informiert werden und dem Import zustimmen. Das UN-Hungerhilfeprogramm WFP lieferte während einiger Jahre gentechnisch veränderten Mais, ohne dass dies bekannt war.